

# Zwischen Marine Le Pen und Dominique Strauss-Kahn

Marine Le Pen hat Aufwind, die bürgerliche Opposition gewinnt die landesweiten Gemeindewahlen. Aber als Alternative zu Präsident Hollande würde sich, laut Umfrage, eine satte Mehrheit von 56 Prozent für den gestrauchelten, vormaligen SP-Hoffnungsträger Dominique Strauss-Kahn entscheiden.

AUS PARIS  
DANNY LEDER

šWir haben alles ausprobiert, erst Sarkozy, dann Hollande. Alle haben sie uns enttäuscht. Jetzt versuchen wir halt Marine Le Pen. Der Satz klingt ein wenig nach defätistischer Beliebigkeit und kommt wie eine Leier etlichen Wählern über die Lippen, die am vergangenen Sonntag, im ersten Durchgang der landesweiten Gemeindewahlen, für die š*Front national* (FN) gestimmt haben. An diesem Sonntag, im Zuge des zweiten Wahlgangs, werden die Ergebnisse der FN neuerlich die Berichterstattung in und aus Frankreich beherrschen.

Dabei steht inzwischen weitgehend fest, das die unabwendbare Niederlage der regierenden Sozialisten um Präsident Francois Hollande auf einen klaren Sieg des liberal-konservativen Oppositions-Bündnisses hinauslaufen wird ó ohne der geringsten Zuhilfenahme der Nationalpopulisten von Marine Le Pen.

Aber das Aufsehen, das die FN erregt, bleibt berechtigt, solange es nicht in eine hysterische Überbewertung umschlägt. Im ersten Wahlgang kam die FN in den Städten, in denen sie antrat, auf 14,8 Prozent. Das ist deutlich mehr als bei bisherigen Kommunalwahlen, aber weniger als sie bereits bei anderen Wahlen erzielte, und auch nicht viel mehr als das Ergebnis der französischen Grünen. Außerdem brachte die FN, die weiterhin als anrühlich gilt, nur in sechs Prozent der französischen Gemeinden Kandidatenlisten zustande.

Allerdings kam die FN in 19 Städten mittlerer Dimension (über 10.000 Einwohner) im ersten Durchgang auf Platz eins, wobei sie in einer nordfranzösischen Kommune die 50 Prozent-Grenze überschritt. Bei Abschluss des zweiten Durchgangs (in dem relative Stimmenmehrheit für den Bürgermeistersitz genügt) könnte die FN ein halbes dutzend Städte (von insgesamt fast 10.000) erobert haben. 1995 hatte diese Partei aber bereits eine vergleichbare Zahl an Gemeinden errungen, und später, im Zuge von Misswirtschaft und Skandalen, wieder verloren.

Jetzt ist aber eine Akzeptanz für die FN spürbar, die es in den 1990er Jahren, unter Führung ihres Vaters, Jean-Marie Le Pen, nicht gab. Das hängt einerseits damit zusammen, dass Marine Le Pen ihrer Partei einen moderateren Anstrich verpasste und rechtsradikale Parteikader mit Auftrittsverbot belegte. Der Hauptgrund für die Dynamik der FN liegt aber in der Verunsicherung der moderaten Großparteien, und allen voran der regierenden Sozialisten.

Keine Maßnahme scheint gegen das Industriesterben und die chronisch hohe Arbeitslosenrate zu greifen. Mit wenigen Unterbrechungen leidet Frankreich schon seit fast 30 Jahren an einer rund zehn prozentigen Arbeitslosenrate, bei Jugendlichen fiel sie nie unter 20 Prozent. Seit 2007 sinkt die durchschnittliche Kaufkraft. Die Sozialforscherin Pascale Hebel konstatiert: „Das ist die längste Krise seit Kriegsende. Junge, Alte und vor allem Frauen erleiden eine Zwangsaskese. 35 Prozent der Franzosen müssen ihren Fleischkonsum reduzieren.“ Sparmaßnahmen verstärkten den sozialen Niedergang der Speckgürtel und Provinzstädte, ohne dass sich anderwärts eine Unternehmensdynamik oder Steuerreduktionen ergaben. Mit einem wirtschaftspolitischen Schlingerkurs erzeugte Hollande erst recht das Gefühl, Frankreich treibe steuerlos durch die tosende Globalisierung.

Marine Le Pen bedient die Sehnsucht nach Autorität und Orientierung, aber den allermeisten Franzosen sind weder ihre Partei noch ihre national-sozialen Versprechen geheuer (Hebung des Lebensstandards durch Euro-Austritt und EU-Auflösung, mehr Beamte und Rückkehr zum Rentenantritt ab 60 trotz Abgabensenkungen). Der Hang zu Tagträumen bleibt allerdings weit verbreitet. Ein seriöses Meinungsforschungsinstitut fragte kürzlich, welche Persönlichkeit als Präsident „erfolgreicher als Hollande handeln würde“? Die meisten Befragten, nämlich 56 Prozent, entschieden sich für Dominique Strauss-Kahn – also jenen vormaligen SP-Spitzenpolitiker, der als Präsident des Internationalen Währungsfonds in New York wirkte und dort seinen definitiven Karriereknick 2011 erlitt. Unter dem Verdacht, er habe eine Hotelbedienstete vergewaltigt, wurde Strauss-Kahn festgenommen. Das Strafverfahren wurde unter Verweis auf mangelnde Glaubwürdigkeit der Klägerin zwar eingestellt. Um einem Prozess vor einem Zivilgericht zu entgehen, bei dem weitere Frauen gegen Strauss-Kahn ausgesagt hätten, musste er aber einer finanziellen Abfindung der Klägerin einwilligen.